

aktuell



Volle Fahrt für Verkehrssicherheit



Die Bundesregierung hat ein Maßnahmen-Paket beschlossen, das die Bereiche Straßenbau, EU-Führerschein und Rettungsgasse umfasst. Im Zentrum der von Infrastruktur- und Verkehrsministerin Doris Bures verhandelten Beschlüsse und des Entwurfs zum Bundesstraßengesetz steht – neben der Verkehrssicherheit – die Effizienz. So konnten sich Bundesregierung, Länder und Gemeinden für die ASFINAG ein Einsparungsvolumen von 1,4 Mrd. Euro realisieren.

Zu Beginn der nächsten Woche wird die Regierungsklausur am Semmering abgehalten. Schon jetzt kann gesagt werden: Bildung wird ein Themenschwerpunkt sein.

König Fußball: Die Ausschreitungen beim Fußballspiel der Austria Wien gegen den Sportklub Rapid sind ein dramatisches Signal, dass sich etwas ändern muss. Die Politik ist gefordert. Sportminister Norbert Darabos erläutert im „SPÖ Aktuell“-Interview seine Vorstellungen.

Eure Redaktion



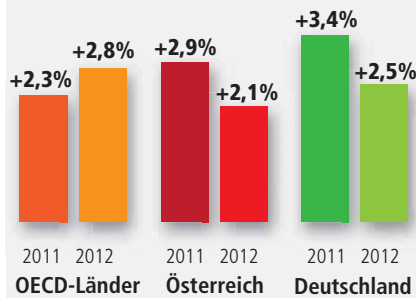
Jetzt Mitdiskutieren auf www.oe2020.at.

Das Thema des Monats: Atomausstieg und Energiewende in Europa.

Was kann/soll die Politik beitragen, zum Beispiel bei der Änderung von Rahmenbedingungen?

THEMEN DER WOCHE

Wirtschaftswachstum



OECD: Wirtschaft wächst stärker

Österreichs Wirtschaft legt heuer kräftiger zu als noch im Herbst erwartet. Das geht aus einer neuen Prognose der OECD hervor. Demnach soll Österreichs Wirtschaft heuer um 2,9 Prozent wachsen, 2012 dann um 2,1 Prozent. Die Prognose für Österreich wurde somit um einen halben Prozentpunkt hinaufrevidiert. ♦



Knie

SPÖ-EU-Abg. Evelyn Regner will „das Thema Mobbing europaweit viel engagierter angehen“.

Einsatz für Gewalt- und Mobbingopfer

SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner setzt sich für einen kostenlosen Rechtsbeistand für Gewaltopfer ein. Außerdem fordert sie mehr Maßnahmen gegen Mobbing. Unter anderem soll Mobbing am Arbeitsplatz in Unternehmen verpflichtend thematisiert und Gegenstrategien umgesetzt werden. ♦



Die Ehrenbürgerschafts-Affäre von Amstetten zeigt: Die FPÖ grenzt sich nur mangelhaft vom rechten Rand ab.

FPÖ hält an Ehrenbürger Hitler fest

Der Amstettner Gemeinderat hat Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft aberkannt. Eine Selbstverständlichkeit, möchte man meinen. Die FPÖ-Mandatäre haben es dabei jedoch vorgezogen, sich ihrer Stimmen zu enthalten. Für SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim „eine unfassbare und in der Dimension nicht erwartbare Entgleisung unakzeptabelster Natur“. Besonders bedenklich: Dieses unerträgliche Verhalten wird von der FPÖ-Bundespartei, allen voran Generalsekretär Kickl, auch noch unterstützt. Der Jugendvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen Christoph Peschek fordert Konsequenzen: „Die FPÖ-Gemeinderäte sollen geschlossen zurücktreten. Weigern sie sich, muss FPÖ-Obmann Strache aktiv werden und Parteiausschlüsse erwirken.“ ♦

Zitat der Woche

„Fußball hat ein Familienfest im Stadion zu sein. Da hat Gewalt nichts verloren.“

Bundeskanzler Werner Faymann

EU: Strenge Auflagen für Griechenland

Bundeskanzler Werner Faymann pocht darauf, dass Griechenland alle EU-Auflagen genau erfüllt, bevor es weitere Hilfskredite gibt. Eine Absage erteilt der Kanzler populistischer Angstmacherei.

Österreich hat großes Interesse an einem starken Euro und einem stabilen Europa. Die nächste Tranche an Hilfskrediten an Griechenland wird es aber nur geben, wenn die Griechen die strengen Auflagen der EU und des IWF (Internationaler Währungsfonds) und Sparprogramme genau einhalten, betont der Kanzler. Das muss präzise geprüft

werden, bevor Griechenland weiteres Geld bekommt. Darauf wird Faymann auch innerhalb der EU pochen. „Wir sind den österreichischen Steuerzahlern verpflichtet“, so der Kanzler. Eine Absage erteilt er populistischer Angstmacherei der Marke „Raus aus dem Euro“: „Wir sind ein exportorientiertes Land und damit Gewinner der Gemeinschaftswährung.“ ♦



Bundeskanzler Werner Faymann wird sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Griechenland seine Auflagen erfüllen muss.



Einfach pure Ablenkung!

Die FPÖ ist widersprüchlich in ihren Positionen und will von ihrer schwarz-blauen Vergangenheit und der inhaltslosen Gegenwart ablenken.

Die Freiheitlichen reagieren mittlerweile fast täglich nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ auf politische Ereignisse. Es sollte öfter gesagt und geschrieben werden, dass es sich bei den Aussagen von Strache und seiner FPÖ fast ausnahmslos um Unwahrheiten handelt und sie die Verursacher jener Zustände sind, die sie kritisieren.

Die Freiheitliche Partei verängstigt und verunsichert die Bevölkerung mit unwahren Behauptungen. Vor Wochen warnte sie davor, dass unser Land von einer Flüchtlingswelle aus Nordafrika überschwemmt werde. Dabei weist bis dato nicht das Geringste darauf hin, dass es tatsächlich zu einem Ansturm nordafrikanischer Asylwerber gekommen ist.

Es wird ein Schreckgespenst erschaffen, es werden Behauptungen präsentiert und unters Volk gebracht - aber viel zu selten dagegen gehalten. Wo gibt es das sonst, dass ein Politiker lügen darf und ihm niemand Einhalt gebietet?

Die FPÖ ist gegen Schulden, gegen Einnahmen und gegen Sparen. Wie soll das gehen? Will sie von ihrer schwarz-blauen Vergangenheit, von der Hypo und von ihrer inhaltslosen Gegenwart ablenken? Oder will die FPÖ Privatisierungen?

Die Auswirkungen der Privatisierungen, die zu Zeiten der FPÖ-Regierungsbeteiligung beschlossen wurden, konnte man jüngst am Beispiel Austria Tabak beobach-

ten. Vielleicht sollte sich die FPÖ zuerst einmal bei den Gekündigten entschuldigen, die ihrerwegen ihre Arbeit verloren haben, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigt.

Stichwort EU: Es stimmt, wir brauchen eine andere EU. Wir brauchen eine neue EU. Eine EU, die demokratischer ist, die Finanzmärkte reguliert und in der nicht die Beamten und die Lobbyisten das Sagen haben. Da derzeit nur fünf EU-Länder sozialdemokratisch regiert werden, wird das ein schwerer Weg, aber wir wissen, dass die Menschen hinter uns stehen. Im Gegensatz zur FPÖ wissen wir Sozialdemokraten, welcher Weg der richtige für Europa ist – ein demokratisches, friedliches Europa der Arbeitnehmer.

Aber wessen EU ist diese EU denn? Ganz nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ sprach sich die FPÖ seinerzeit in der Regierung für Griechenland in der Euro-Zone aus, heute wird gegen den Verbleib des Landes in der Euro-Zone gewettert. Heute will die FPÖ den Schilling zurück. Von den Konsequenzen wie Instabilität der Währung, Inflationsanstieg, höheren Arbeitslosenzahlen redet niemand. Es geht der FPÖ nur darum, Chaos zu verbreiten und aufzuhetzen.

„Haltet den Dieb!“, Beispiel Nr. 2: Arbeit und Wirtschaft. Wir haben aktuell in Österreich trotz Wirtschaftskrise die geringste Arbeitslosigkeit seit langer Zeit und um einige Prozent mehr Beschäftigte als unter der Re-

„Bevor die FPÖ wieder eine Million Euro für eine Kampagne ausgibt, soll sie den Steuerzahlern das Geld für die Hypo zurückgeben. Und auch gleich jenes Geld, das durch ihren Privatisierungswahn verloren gegangen ist.“

gierung mit FPÖ-Beteiligung, obwohl damals Hochkonjunktur herrschte. Österreich leidet noch heute an den Folgen des Privatisierungswahns dieser Zeit, als das Familiensilber der Republik viel zu billig verscherbelt wurde, von der Austria Tabak bis zur BUWOG, deren Verkauf in einem Skandal mündete, von dem Österreich noch heute spricht. „Haltet den Dieb!“, Beispiel Nr. 3: Die FPÖ kritisiert die Kredite von maximal 2,29 Mrd. Euro, die Österreich Griechenland gewährt hat. Für die Hypo Alpe Adria ging die Republik Haftungen in zehnfacher Höhe, also von 22 Mrd. Euro ein. Über dieses blaue Kärntner Desaster schweigt die FPÖ. Warum zahlt eigentlich nicht sie dem Steuerzahler die Hypo-Milliarden zurück?

Daher: Bevor die FPÖ wieder eine Million Euro für eine Kampagne ausgibt, soll sie den Steuerzahlern das Geld für die Hypo zurückgeben. Und auch gleich jenes Geld, das durch ihren Privatisierungswahn verloren gegangen ist. Wir brauchen es nämlich dringend für Österreichs Klassenzimmer, Krankenhäuser und Universitäten. Jedes Mal, wenn die FPÖ nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ mit Unwahrheiten arbeitet, werden wir daneben stehen müssen, um die Scharlatane zu entlarven. ♦



Fotolia

Die Freiheitlichen reagieren mittlerweile fast täglich nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ auf politische Ereignisse.

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



VERKEHR

Freie Fahrt für Sicher

Beim Straßenbau sorgfältig wirtschaften und in die Sicherheit investieren – so lassen sich die jüngst beschlossenen Verkehrs-Maßnahmen der Regierung auf den Punkt bringen.

„Es muss nicht jede Straße eine Autobahn sein und nicht jede Autobahn muss in der XXL-Variante gebaut werden.“

Verkehrsministerin Doris Bures

Milliarden-Ersparnisse beim Autobahnbau, Einführung der Rettungsgasse und neuer EU-Führerschein: Die Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die Österreichs Straßen noch effizienter und sicherer machen. 1,4 Milliarden Euro können allein im Bereich des Autobahnausbaus durch intelligente Planung eingespart werden. Und genau diese Einsparungen sind in der Novelle zum Bundesstraßengesetz vorgesehen. „Das ist angewandte Verwaltungsreform“, betont Verkehrsministerin Doris Bures.

Beste Lösung für alle

Eine Überprüfung aller geplanten ASFINAG-Projekte unter Berücksichtigung neuester Verkehrsprognosen hat ergeben, dass es nicht notwendig ist, alle darin vorgesehenen Straßen zu Bundesstraßen, also Autobahnen bzw. Schnellstraßen, auszubauen. „Es muss nicht jede Straße eine Autobahn sein und nicht jede Auto-



Die S31 beim Knoten Mattersburg. Aktuelle Verkehrsprognosen zeigen, dass ein geplanter Ausbau der S31 Süd als Autobahn nicht notwendig ist. Sie wird daher als Landesstraße mit Ortsumfahrung realisiert.

bahn muss in der XXL-Variante gebaut werden“, unterstreicht die Verkehrsministerin. In vielen Fällen ist die Realisierung als Landesstraße ausreichend. „Als wir diese Lösung erarbeitet haben, stand nicht die Frage im Vordergrund, wie man Kosten auf den jeweils anderen abwälzen kann“, betont die Ministerin, „denn das wäre kein Sparen. Wenn es um öffentliche Mittel geht, gibt es nur einen Zahler – und das ist nicht der Bund oder die Länder, sondern der Steuerzahler.“ Das zuständige Bundesministerium, ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG) und Bundesländer haben sich daher an einen Tisch gesetzt, um die beste Lösung für alle zu finden. „Und die beste ist eben die mit der größten Kosteneffizienz“, so Bures. Ein Beispiel: Die S31 Süd wird nicht als Schnellstraße (Kosten: rund 120 Mio. Euro), sondern als Landesstraße mit notwendiger Ortsumfahrung gebaut (Kosten: 37 Mio. Euro). „Die Straßen werden so ausgebaut, dass sie dem Bedarf der Bevölkerung, der Umwelt und Wirt-

schaft entsprechen. Gleichzeitig kann damit ein enormes Einsparungsvolumen umgesetzt werden“, bekräftigt SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl.

Vier Minuten schneller am Unfallort

„Gerade weil wir sorgfältig wirtschaften, schaffen wir Spielräume für die Investition-



Ab Jänner 2012 gibt es in Österreich die „Rettungsgasse“.

HINTERGRUND

Projekte und Einsparungen

Konkret werden die A 26 Nord (OÖ), A 23 Hirschstetten - Haidjöchl (Wien), A 24 Verbindungsspanne Rothneusiedl (Wien) und die S 31 Süd bis zur Staatsgrenze (Burgenland) aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen. (Einsparungen: geschätzte 890 Mio. Euro)

Gleichzeitig werden dem Land Burgenland sowie der Stadt Wien für die Realisierung der S 31 Süd bzw. des inneren Teils der A 23 als Landesstraßen Sonderzuschüsse, fällig nach Baufortschritt, gewährt. (Einsparungen: rund 519,4 Mio. Euro)

heit und Effizienz

nen in die Sicherheit“, betont die Verkehrsministerin. Nachdem bereits eine ganze Reihe erfolgreicher Maßnahmen in diesem Bereich getroffen wurde – etwa das Sicherheitspaket gegen Raser und Alkolenker oder die Einführung der Radhelmpflicht für Kinder unter zwölf Jahren – werden nun weitere Schritte gesetzt, um Österreichs Straßen noch sicherer zu machen. Mit 1. Jänner 2012 wird die sogenannte „Rettungsgasse“ in Österreich eingeführt. Das Prinzip ist einfach: Wenn sich ein Stau bildet, fahren die Autofahrer jeweils links und rechts an den Straßenrand. In der Mitte bildet sich so eine Gasse mit freier Fahrt für Rettung, Polizei und Feuerwehr. „Untersuchungen von Einsatzorganisationen haben gezeigt, dass mithilfe einer Rettungsgasse die Helfer im Durchschnitt um vier Minuten schneller zur Stelle sind. Und gerade in der Unfallerstversorgung zählt jede Sekunde“, erklärt Bures. Wer die Regeln der Rettungsgasse missachtet, muss ab 1. Jänner nächsten Jahres mit Bußgeldern in Höhe von 72 bis 2.180 Euro rechnen. Um die österreichischen Auto-Lenker auf die neue Maßnahme vorzubereiten, wird es in den nächsten Monaten eine umfassende Informationskampagne zum Thema geben, kündigt Bures an.

Freiwilligkeit statt Zwang

Auch der neue EU-Führerschein im Scheckkarten-Format, der ab 19. Jänner 2013 ausgegeben wird, verspricht mehr Sicherheit. So gibt es für das Lenken von Motorrädern neue Vorgaben. Der Zugang für die Lenkberechtigung erfolgt künftig stufenweise im Zweijahres-Rhythmus ab 16 Jahren. Ein Direktzugang für leistungsstarke Motorräder ist erst ab 24 Jahren möglich. Im Zuge der Änderung der Motorradklassen wird gleichzeitig die Führerscheinausbildung verbessert. Der neue EU-Führerschein ist außerdem künftig auf 15 Jahre befristet und muss danach neu beantragt werden. Das soll vor allem Fälschungen einen Riegel vorschieben. Für Diskussionen sorgte in diesem Zusammenhang die Empfehlung der EU, die Verlängerung der Führerscheingültigkeit von verpflichtenden Gesundheitsprüfungen abhängig zu machen. Denn das würde vor allem ältere Menschen treffen. Ver-

INTERVIEW

„Win-Win-Situation für Bund, Länder und ASFINAG“

Verkehrsministerin Doris Bures im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über die neue Qualität in der Verkehrsplanung, freiwillige Gesundheits-Checks und den neuen EU-Führerschein.

„SPÖ Aktuell“: Bestimmte Straßen werden nun nicht zu Autobahnen ausgebaut. Wird man dem Verkehrsaufkommen trotzdem gerecht?

Doris Bures: Ja, die Ausbaupläne beruhen auf der neuesten Verkehrsprognose und auf der sehr gründlichen Evaluierung aller Projekte, die wir im Vorjahr durchgeführt haben. Wir orientieren uns am aktuellen und zukünftigen Verkehrsbedarf und vor allem auch an dem, was für die Anrainer wichtig ist. So können Entlastungen, z.B. durch Umfahrungen, rasch erfolgen.

Bedeutet Kosteneffizienz beim Straßenbau nicht weniger Qualität?

Bures: Im Gegenteil, durch den sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln schafft man neue Spielräume, etwa für Investitionen in die Verkehrssicherheit. Das ist eine Win-Win-Situation für Bund, ASFINAG und die Länder. Wir haben hier eine neue Qualität in der Verkehrsplanung erreicht, wo wir nicht Kosten auf den jeweils anderen abschieben, sondern Bund, ASFINAG und Länder gemeinsam die beste Lösung erarbeiten.

Thema Verkehrssicherheit: Verpflichtende Gesundheits-Checks für ältere Lenker wird es in Österreich nicht geben. Wäre das nicht eine sinnvolle Maßnahme?

Bures: Die Unfallstatistik ist da sehr eindeutig. Ältere Verkehrsteilnehmer sind sogar



Verkehrsministerin Doris Bures: „Wir haben eine neue Qualität in der Verkehrsplanung erreicht.“

tendenziell sicherer unterwegs. Und gerade ältere Menschen sind oft mehr als andere auf das Auto angewiesen. Ich will hier keine Verunsicherung der Seniorinnen und Senioren durch Zwangsmaßnahmen, sondern vertraue auf das Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen. Deswegen wird es ein Angebot geben für freiwillige und anonyme Tests, wo man seine Fahrtauglichkeit überprüfen lassen kann.

Auf den Punkt gebracht: Wo liegen die Vorteile des neuen EU-Führerscheins?

Bures: Derzeit gibt es EU-weit 110 verschiedene Führerscheinmuster. Eine Vereinheitlichung bei Format, Gültigkeitsdauer, Führerscheinklassen und Sicherheitsmerkmalen war da eigentlich schon überfällig. Das ist für den einzelnen Kfz-Lenker praktisch, wenn er in anderen EU-Staaten unterwegs ist oder arbeitet, und auch die Behörden tun sich leichter. ♦

kehrsministerin Bures hält davon wenig. Statt auf Zwangsmaßnahmen setzt sie auf freiwillige, anonyme Fahrtauglichkeitsprüfungen für Seniorinnen und Senioren. „Wir wollen keine zusätzlichen Hürden für ältere Menschen, sondern mehr Angebote auf

dem Weg zu mehr Verkehrssicherheit“, sagt Bures. Sie ist überzeugt: „Mit einem guten Angebot und ausreichender Bewusstseinsbildung erreichen wir mehr als mit der Androhung, den Führerschein wegzunehmen.“ ♦

FUßBALL

Gewalt hat im Stadion nichts verloren

Nach dem Platzsturm beim Wiener Derby im Hanappi-Stadion werden Rufe nach strengeren Regeln im Stadion und entsprechend schärferen Gesetzen laut.



Frustrierte Rapid-Fans stürmen während des Matches den Platz. Jetzt werden härtere Strafen für Randalierer angedacht.

Sonntag-Nachmittag im Wiener Hanappi-Stadion: Nach 26 Minuten steht es im Derby 2:0 für die Austria, als plötzlich frustrierte Rapid-Fans – teils verummmt – von der Westtribüne aus den Platz stürmen und beginnen, Spieler anzupöbeln. 300 Polizisten müssen einschreiten, um den Randalierern Herr zu werden. Das Spiel wird schließlich abgebrochen und 3:0 für die Austria strafverifiziert. Soviel zur sportlichen Bilanz des Matches. Die Frage, die sich nun stellt, ist, wie derartige Ausschreitungen in Zukunft verhindert werden können. Für Sportminister Norbert Darabos ist klar: „Wenn es solche Ausmaße annimmt, muss sich die Politik einmischen.“ ♦

INTERVIEW

„Imageschaden für Fußball und gesamten Sport“

Sportminister und bekennender Rapid-Fan Norbert Darabos nimmt im „SPÖ Aktuell“-Interview Stellung zum Platzsturm beim Wiener Derby und denkt über „radikale Konsequenzen nach.“



HBf
Sportminister Norbert Darabos plädiert für „vernetzte Stadionverbote“. Sie sollen in Wien genauso gelten wie in Salzburg.

„SPÖ Aktuell“: Herr Darabos, in ihrer Rolle als Sportminister und als Rapid-Fan: Was geht ihnen durch den Kopf, wenn Sie an den Platzsturm vom vergangenen Sonntag denken?

Norbert Darabos: Ich war ja selbst im Stadion und so wie viele Zuschauer betroffen von den Ausschreitungen. Es ist eine Schande und ein großer Imageschaden nicht nur für den österreichischen Fußball, sondern für den gesamten Sport. Die Bilder sind um die Welt gegangen. Das Alles tut mir auch per-

sönlich als Fußball-Begeisterter sehr weh. Jedenfalls sind jetzt die Vereine, die Bundesliga, der ÖFB und auch die Politik gefordert – denn es war dies ja nicht der erste Vorfall im österreichischen Fußball.

Es war von Stadion- und Verummungs- verboten die Rede. Reicht das wirklich? Welche Konsequenzen braucht es Ihrer Meinung nach?

Darabos: Damit hat man das Problem noch nicht gelöst – aber es ist ein erster wichtiger Schritt. Allerdings muss das ganz rigoros und nicht mit Augenzwinkern umgesetzt werden. Das heißt: Stadionverbote nicht nur für ein paar Wochen, sondern lebenslang. Und, das ist das Neue an der Diskussion, Stadionverbote müssen vernetzt ausgesprochen werden. Es geht nicht an, dass jemand in Wien Stadionverbot hat, aber in Salzburg nicht. Außerdem bin ich dafür, solche Vergehen vom Verwaltungs- in das Strafrecht zu heben. Wenn so etwas strafbar ist, wird sich der eine oder andere überlegen, ob er den Platz stürmt. ♦

BUWOG-SKANDAL

Manipulationsverdacht bekräftigt

Die Verschleuderung der Buwog dürfte nach neueren Enthüllungen praktisch erwiesen sein. Karl-Heinz Muhr kassierte bereits vor der Ausschreibung sein Honorar.

Die SPÖ hatte bereits 2003 im Minderheitsbericht des Rechnungshofausschusses – damals von Schwarz-Blau abgeschmettert – die Buwog-Deals angeprangert. Nun dürften die Vorwürfe nachgewiesen sein. „Es gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung, aber wenn ein Vermittler bereits bezahlt wird, bevor es überhaupt zu einer öffent-

lichen Ausschreibung kommt, sind Tatbestände der Untreue, des Amtsmissbrauchs und des Betrugs zu vermuten“, bekräftigt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Der Kreis zwischen Karl-Heinz Grasser, dem Chef der Vergabekommission Ernst Karl Plech (FPÖ), und ihren Freunden dürfte damit geschlossen sein. ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zu Buwog: Untreue, Amtsmissbrauch und Betrug sind zu vermuten.

REGIERUNGSKLAUSUR

Breites Arbeitsspektrum

Die Bundesregierung trifft sich am 30./31. Mai am Semmering, um die Schwerpunkte für die nächsten Monate festzulegen und um konkrete Vorhaben zu fixieren.

Die Vorzeichen für das zweitägige Arbeitstreffen der Bundesregierung stehen günstig. Die Übertragung der Vizekanzlerschaft von Josef Pröll auf Michael Spindelegger hat bestens funktioniert, der Regierungsmotor schnurrt – am Semmering sollen nun die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Das Themenspektrum, das sich die Regierungsmannschaft für die Klausur vorgenommen hat, wird „von Beschäftigung bis Bildung“ reichen, wie Bundeskanzler Werner Faymann betont.

Es wird um ganz konkrete Maßnahmen gehen, aber auch um Perspektiven bis zum Wahljahr 2013. Klar ist, dass bei dieser Klausur in die Wege geleitet werden muss, was noch vor dem Sommer beschlossen werden

soll. Nächstes Jahr jedenfalls wird die Zeit für Reformen eher gedrängt sein, da einige Wahlkämpfe anstehen.

Auch wenn die Details zur Klausur noch geheim gehalten werden, kann davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung der Ganztagsschule eines der Themen sein wird. „Ich hoffe sehr, dass wir da nächste Woche substanziell was weiterbringen“, sagte Bildungsministerin Claudia Schmied. Das Ziel sei, die Zahl der Ganztagsschulen österreichweit zu verdoppeln.

Einen gewissen Spielraum für Reformen wird es jedenfalls aufgrund der erfreulichen OECD-Prognose geben. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sieht für Österreich ein deutlich besseres Wirtschaftswachstum als



Der Faymann-Spindelegger-Kurs soll am Semmering festgelegt werden.

noch vor einem halben Jahr. Demnach soll die Wirtschaft heuer um 2,9 Prozent und 2012 um 2,1 Prozent zulegen. ♦

MIKROKREDITE

Starthilfe in die Selbstständigkeit

Schon im ersten Jahr des Pilotprojekts „Mikrokredit“ wurden 65 Kredite vergeben. Jetzt wird das erfolgreiche Mikrokreditprogramm des Sozialministeriums auf ganz Österreich ausgeweitet.



Dank Mikrokredit zur erfolgreichen Kleinunternehmerin.

Menschen, die kein aufrechtes Dienstverhältnis nachweisen können und die den Sprung in die Selbstständigkeit unternehmen möchten, stoßen in Sachen Kredit bei Banken meist auf taube Ohren. Und das, obwohl sie motiviert sind und auch ein erfolgversprechendes Unternehmenskonzept vor-

weisen können. Um arbeitslosen Menschen mit guten, erfolgversprechenden Ideen bei der Gründung eines kleinen Unternehmens finanziell unter die Arme zu greifen, wurde daher von Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, das erste Mikrokredit-Programm Österreichs ins Leben gerufen – und dieses wird jetzt auf ganz Österreich ausgeweitet. Denn eines ist klar: Jede neue Firmengründung stärkt den Wirtschaftsstandort und bringt zusätzliche Arbeitsplätze.

1 Jahr Mikrokredit: Eine Erfolgsgeschichte

Nun ist die Starthilfe in die Selbstständigkeit ein Jahr alt geworden und Minister Hundstorfer kann auf eine erfolgreiche Bi-

„Aufgrund der großen Nachfrage auch außerhalb der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark freue ich mich sehr, nun die Ausweitung des Mikrokredit-Programms auf ganz Österreich bekannt geben zu können.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

lanz vorweisen. „Bislang wurden 65 Kredite mit einem Gesamtvolumen von gut 700.000 Euro vergeben, an die 50 weitere Mikrokredite sollen demnächst ausbezahlt werden“, erklärt Hundstorfer. Bisher verlaufen diese Gründungen bzw. Unternehmensfortführungen sehr erfolgreich, auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten – es gibt noch keine Ausfälle bei den Kreditrück- und Zinszahlungen. ♦

Weitere Infos zum Mikrokredit-Programm unter www.dermikrokredit.at.

SPITALSREFORM

Start für „Gesundheitsziele für Österreich“

Gesundheitsminister Alois Stöger ruft alle relevanten Entscheidungsträger aus allen gesellschaftlichen Bereichen auf, ihre Ideen zu den „Gesundheitszielen für Österreich“ beizutragen.

Bei der Auftaktveranstaltung der Gesundheitskonferenz zum Thema „Rahmen-Gesundheitsziele für Österreich“ ging es darum, alle im weiteren und engeren Sinne am Gesundheitswesen Beteiligten einzubinden. Darunter sind Wissenschaftler und Politiker, Senioren- und Jugendvertreter sowie die Sozialversicherungsträger. „Die zentrale Frage ist, was uns gesund hält“, wies der Gesundheitsminister auf die Bedeutung der Prävention hin. Entscheidend für die Gesundheit sind außerdem Bildung, Einkommen, aber auch, in der Gesellschaft ernst genommen zu werden. „Unsere wichtige Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für Gesundheit zu schaffen“, sagte Stöger. Jede Österreicherin und jeder Österreicher soll bei den Gesundheitszielen berücksichtigt werden, vom „Kfz-Lehrling in Leibnitz bis zur Gemüsehändlerin in Ottakring“. ♦



„An der gemeinsamen Entwicklung von österreichischen Gesundheitszielen müssen alle relevanten Institutionen und Entscheidungsträger mitwirken“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger.

BMG

HINTERGRUND

Der Weg zu den Gesundheitszielen

Die Gesundheitskonferenz wurde für die Erarbeitung von bundesweiten Gesundheitszielen eingerichtet und ist ein wichtiger Bestandteil der Spitalsreform.

Gesundheitsziele sind einerseits von der WHO, andererseits auch im österreichischen Regierungsprogramm vorgesehen. Die Veranstaltung bildete den Auftakt des Prozesses, der bis zum Sommer 2012 zu zehn bundesweiten Gesundheitszielen, die als Rahmen für die Steuerung des Gesundheitswesens dienen, führen soll. Interessierte Bürger können sich über die Online-Plattform unter www.gesundheitsziele-oesterreich.at einbringen.

ÖSTERREICH 2020

Atomenergie ist keine Fortschrittstechnologie

Die aktuellen Entwicklungen in Fukushima – der Betreiber des AKW gab erstmals die Kernschmelze in allen drei Reaktoren zu – bestätigen einmal mehr: Kernenergie ist und bleibt ein unkalkulierbares Risiko.



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig beim Österreich2020-Zukunftsdiskurs „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“.

Dem Risiko zum Trotz wird in Europa bereits an einen AKW-Neubau gedacht. Konkret plant die Slowa-

kei den Bau eines Reaktors in Jaslovské Bohunice in Grenznähe zu Österreich. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas eine Provokation: „In Japan sind die schrecklichen Folgen des Reaktorunglücks noch nicht abzusehen und in Europa giert die Atomlobby schon wieder nach fetten Gewinnen“. Auch Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigt seine ablehnende Haltung gegenüber AKW. Atomkraftwerke in grenznahen Bereichen „schmerzen uns besonders“, sagte der Bundeskanzler. Er werde „auf allen Ebenen“ dagegen auftreten.

„Wir brauchen eine Energiewende“

Atomenergie war auch Thema des „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurses „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“

im Wiener Museumsquartier. Zu Gast war der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, Matthias Machnig. Er betonte die Herausforderungen, die sich in Fragen der Energiepolitik und des Klimawandels für Europa stellen und fordert, den Fortschritts- und Nachhaltigkeitsgedanken in das Zentrum der Politik zu rücken. Dieser Fortschrittsgeanke lasse sich aber nicht mit Atomkraft vereinbaren. „Kernenergie ist keine Fortschrittstechnologie. Sie ist die kapitalintensivste Energieerzeugungsstruktur, die man sich denken kann“, sagte Machnig. Eine Energiewende sei notwendig, so der Minister. Ein grundlegender Umbau enthalte enorme Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungschancen. „Dieser Umbau wird zu mehr Wachstum in den nächsten Jahren führen“, unterstrich Machnig. ♦

Roman

Die Nacht des goldenen Schmetterlings

Eine Geschichte von Liebe, Versöhnung, Freundschaft, Verrat und Religion. Tariq Ali folgt der Tradition der großen orientalischen Erzähler.

Als Dara nach langen Jahren wieder in seine Heimat Pakistan zurückkehrt, um die Lebensgeschichte eines alten Freundes zu Papier zu bringen, erkennt er sein Land kaum wieder. In Erwartung, auf heimelige Nostalgie zu treffen, findet er ein Land vor, in dem die menschliche Würde in Trümmern liegt. Religion, Militär und Politik haben das „alte Pakistan“ zerstört. Mit diesem Buch spannt Tariq Ali den historischen Bogen über den Islam, der mit „Im Schatten

des Granatapfelbaums“ begann, nun ins 21. Jahrhundert. Ausgehend von der Wiederfindung der verloren geglaubten ersten großen Liebe, über Freundschaft, Verrat und Versöhnung nimmt der Autor seine Leser mit auf eine Reise von Lahore über London, nach Paris und Beijing. In bildgewaltigen Worten webt Ali Geschichten über Politik, Liebe, Hass und Sinnlichkeit im Spannungsfeld zwischen dem Islam und der westlichen Welt. ◆

☐ Stk.


Tariq Ali:

Die Nacht des goldenen Schmetterlings.

Heyne Verlag, München 2011;
349 S., 20,60 €

Zeitgeschichte

Winter im Sommer – Frühling im Herbst

Joachim Gauck, herausragender Protagonist der jüngsten deutschen Geschichte, erinnert sich an sein Leben in der DDR.

Für seine „Erinnerungen“ erhielt der engagierte Bürgerrechtler letztes Jahr den Geschwister-Scholl-Preis. Nun liegen Gaucks Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend, an die Zeit als engagierter Systemgegner in der DDR und sein politisches Leben danach als Taschenbuch vor. Joachim Gauck verlebte seine Kindheit an der Ostseeküste, studierte später Theologie in Rostock und fand seinen Weg in die Kirche in Mecklenburg. Distanz zum DDR-System prägte seine Tätigkeit von Anfang

an. Wie selbstverständlich wurde er Teil einer kritischen Bewegung und schließlich zu einer Symbolfigur im Umbruch von 1989. Nach dem Mauerfall übernahm Gauck politische Verantwortung. Er wurde Abgeordneter im ersten freien Parlament der DDR und erster Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Die ihm untergeordnete Behörde mit 2.000 Mitarbeitern, die zehn Jahre lang leitete, wurde im allgemeinen Sprachgebrauch kurz „Gauck-Behörde“ genannt. ◆

☐ Stk.


Joachim Gauck:

Winter im Sommer – Frühling im Herbst.

Pantheon Verlag,
München 2011; 352 S., 15,50 €

Krimi

Roter Glamour

Atemberaubender Politthriller und brillante Chronik einer authentischen Staatsaffäre: Erfolgsautorin Dominique Manotti legt einen weiteren Krimi der Extraklasse vor.

Über der Türkei explodiert ein mit Waffen vollbeladenes Flugzeug. Und in Paris wird eine unbekannte Frauenleiche auf einem verlassenen Parkplatz abgeladen. Zwischen diesen beiden Ereignissen liegen zwar viele tausend Kilometer – und doch ... Präsidentenberater François Bornand versucht eine Staatskrise zu verhindern und schickt seinen Mann fürs Grobe ins Rennen. Mord und Verrat häufen sich – im Namen der Staatsräson? Polizistin Noria Gho-

zali verbeißt sich in diesen Fall und lässt sich für eine streng geheime Ermittlung anwerben, die die politische Elite zum Straucheln bringen könnte. Das Buch „Roter Glamour“ wurde mit dem „Prix Mystère de la Critique“ und dem „Prix du roman noir du Festival de Cognac“ ausgezeichnet und fürs Kino verfilmt. Völlig zu Recht: Manotti, die erst mit fünfzig Jahren zu Schreiben begann, ist Garant für intelligente Hochspannung bis zur letzten Seite. ◆

☐ Stk.


Dominique Manotti:

Roter Glamour.

Argument Verlag,
Hamburg 2011;
246 S., 13,30 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

LANDWIRTSCHAFT

Fläche darf nicht alles sein

Mit 2013 laufen die bisherigen EU-Agrarförderungen aus. Bei einer Parlaments-Enquete zum Thema Landwirtschaft waren sich Politiker und Experten einig: Die EU-Agrarpolitik muss reformiert werden, Förderungen müssen gerechter verteilt werden – weniger nach Fläche als etwa nach Arbeitseinsatz.



Österreichs Landwirtschaft ist klein strukturiert – Förderungen sollten sich mehr am Arbeitseinsatz und nicht so stark an Flächen orientieren, fordert die SPÖ.

Von österreichischer Seite wird hart verhandelt werden müssen, damit Österreichs Bauern ihre Förderungen voll behalten. Denn mit 2013 laufen die

bisherigen Agrarförderungen der EU aus. Ab 2014 will die EU auch im Landwirtschaftsbereich mehr sparen, schon diesen Herbst wird der zuständige EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos einen Gesetzesvorschlag für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorlegen.

Dass eine Reform der GAP notwendig ist, darüber waren sich praktisch alle Parteienvertreter und Experten bei der Parlaments-Enquete „Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013“ einig. Breit war die Zustimmung auch zu den Zielen im Regierungsprogramm: Umschichtung der Agrargelder, mehr Gerechtigkeit, Einführung von Obergrenzen. So betonte auch SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner, dass sich die Verteilung von Förderungen am Arbeitsaufwand und an der Qualität der Produkte orientieren müsse und weniger an der Fläche. „Wir müssen darauf achten, dass unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten bleibt“, so der SPÖ-Abgeordnete. Insgesamt brauche es bei der Verteilung der Fördergelder mehr Gerechtigkeit: „Es kann nicht sein, dass 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Förderungen bekommen.“ Unterstützung dafür kommt auch von SPÖ-Abgeordneter Ulrike Königsberger-Ludwig und SPÖ-EU-Abgeordneter Karin Kadenbach: „Die neue GAP muss Vertei-



Ranz

Bei der Reform der EU-Agrarpolitik soll Österreich auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und Förderung von Qualität drängen, fordert SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner.

lungsgerechtigkeit an die erste Stelle stellen und die sozialen Fragen viel stärker thematisieren.“

Neben gerechteren Förderungen geht es aus SPÖ-Sicht auch um bessere Infrastruktur im ländlichen Raum. Fördergelder sollten in Zukunft noch mehr in Bildungseinrichtungen, Verkehrsmittel, Kinderbetreuung investiert werden. Nicht zuletzt, um die Abwanderung aus ländlichen Gebieten zu stoppen. Denn diese Abwanderung führt auch zum Verlust von Arbeitsplätzen. „Wir müssen die Entwicklung der letzten zehn Jahre, in denen rund 30.000 landwirtschaftliche Betriebe zusperren mussten und 14 Prozent der Arbeitsplätze verloren gegangen sind, stoppen“, so Kurt Gaßner. ♦

EXEKUTIVE

Größenunterschiede bald kein Thema mehr

Die unterschiedlichen Einstiegshürden für Frauen und Männer gehören bald der Vergangenheit an.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek plant, noch 2011 die Mindestgrößen für den Exekutivdienst aus dem Dienstrecht zu entfernen. Derzeit darf die Körpergröße der Männer 10 cm unter der geforderten liegen, die der Frauen gerade einmal vier Zentimeter. „Eine Diskri-

minierung der Frauen“, finden SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gisela Wurm und die Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig. Sie sind erfreut darüber, dass von Ministerin Heinisch-Hosek „eine zeitgemäße Regelung für Frauen und Männer geschaffen wird“. ♦

Mindestgrößen für die Exekutive werden aus dem Dienstrecht gestrichen, die Diskriminierung für Frauen damit beendet.



picturedesk



JUGEND-MONITOR

Mehr Mut zur Unabhängigkeit

55 Prozent der jungen Frauen würden auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten, um sich um Kinder und Haushalt zu kümmern. Für SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger steht daher fest: Junge Frauen müssen in ihrer Selbstständigkeit gefördert werden.

Begsteiger



Österreichs Jugendliche vertreten ein überwiegend konservatives Familienbild. Doch der Verzicht auf ein eigenes Einkommen birgt für Frauen hohe Risiken.

Eine aktuelle Umfrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Jugend (Jugend-Monitor) hat gezeigt, dass Österreichs 14- bis 24-Jährige punkto Familie sehr konservative Werte vertreten. „Es ist in jedem Fall erfreulich, dass die meisten jungen Menschen eine

Familie gründen wollen. Doch gerade junge Frauen müssen sich bewusst sein, was es für sie heißt, wenn sie als Hausfrau und Mutter zu Hause bleiben“, so Lueger zu der Tatsache, dass sich 55 Prozent der befragten Frauen vorstellen können, keinem eigenen Erwerb nachzugehen, wenn der Partner entsprechend gut verdient. Dahinter verbirgt sich ein gefährliches „Wunschdenken“, dem die Politik mit besserer Aufklärung zum Thema Kind und Karriere begegnen muss, sagt Lueger.

Männer müssen sich stärker an Kinderbetreuung beteiligen

85 Prozent der befragten jungen Frauen gaben an, dass sie wegen der Familie bereit wären, nur noch Teilzeit zu arbeiten. Die SPÖ-Jugendsprecherin warnt junge Frauen davor, sich dadurch frühzeitig vom Lebenspartner abhängig zu machen. Denn

„Teilzeitarbeit wirkt sich entsprechend negativ auf spätere Pensionsansprüche aus.“

SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger

Frauen, die nach der Karenz in Teilzeit arbeiten, müssen nicht nur mit momentanen Einkommenseinbußen rechnen. „Zu lange in Teilzeit sein, heißt auch eine geringere Pension zu erhalten“, betont auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Für Heinisch-Hosek und Lueger steht daher fest, dass es die Aufgabe der Politik ist, Frauen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen. „Wir brauchen dringend mehr Betreuungsplätze für bis zu 3-Jährige“, betont die Frauenministerin. Außerdem ist es notwendig, dass sich Väter stärker beteiligen und Kinderbetreuung nicht länger überwiegend die Aufgabe von Frauen ist. Heinisch-Hosek: „Wir müssen die Väterkarenz fördern. Der Papa-Monat muss der Einstieg werden.“ ♦

MUSIK

Rot-weiß-rote Töne

Die ORF-Radios spielen immer mehr österreichische Musik. Der ORF befindet sich somit „auf gutem Weg, die 30-Prozent-Marke wie vereinbart zu erreichen“, betont SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger.

Zwischen Juli 2008 und Juli 2010 ist der Anteil heimischer Musik in den ORF-Radios um rund vier Prozent auf 27,03 Prozent gestiegen. Für Ablinger besonders erfreulich, denn: „Österreichische Musikschaffende benötigen den ORF als Plattform für die Verbreitung ihrer Musik. Ich freue mich, dass der ORF seine Anstrengungen intensiviert hat, um diese wesentliche Rolle zu erfüllen.“ Wünschenswert wäre es für die SPÖ-Kultursprecherin, dass auch das Fernsehen noch stärker über die sehr lebendige heimische Musikszene berichtet. ♦



Freut sich über mehr Musik aus Österreich im ORF-Radio: SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger.

Zimmer



ATOMSTROM

In Deutschland geht's auch ohne

Deutschland hat wegen Wartungsarbeiten einen Großteil seiner AKW abgeschaltet und beweist damit: Auch Industrienationen sind nicht auf Atomstrom angewiesen.

Ein Europa ohne Atomstrom ist möglich und der Beweis dafür kommt ausgerechnet aus Deutschland, einem der größten AKW-Betreiber der EU. „Die Deutschen haben derzeit 13 ihrer 17 Atomkraftwerke abgeschaltet. Kein Blackout, kein Stromausfall, kein Zusammenbruch. Es geht offensichtlich auch ohne“, sagt SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr. Dass Deutschland andenkst, innerhalb der nächsten zehn Jahre alle AKW abzuschalten, begrüßt Bayr. Sie sieht in Energieeffizienz den Schlüssel zum endgültigen Atom-Ausstieg. „Mehr Effizienz in der Wirtschaft, bei der Mobilität und beim Wohnbau – nur so können wir uns vom Tropf der Atomlobby losreißen.“ ♦

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr: „Energieeffizienz ist der Schlüssel zum Atom-Ausstieg.“

NIEDERÖSTERREICH

EDU 2011-Bildungspreise vergeben



SPÖ NÖ-Vorsitzender Sepp Leitner und Bildungsministerin Claudia Schmied mit den Erstplatzierten in der Kategorie „Demokratieförderung, politische Bildung und Zivilcourage“, Karin Ertl und Helga Kager.



96 auszeichnungswürdige Projekte, aber nur sieben „Education Awards“ zu vergeben: 2011 war die Auswahl der Preisträgerinnen und -träger eine ganz besondere Herausforderung für die Jury.

Die Bandbreite der Siegerprojekte des niederösterreichischen Bildungspreises ist heuer besonders groß: Von multikulturellen Projekten bis zu Gesundheits- und kreativen Initiativen reicht das Engagement der Lehrkräfte und ihrer Schülerinnen und Schüler in ganz Niederösterreich. Das würdigte auch der Initiator des Preises, der Präsident des Vereins „Pro NÖ“, Landeshauptmann-Stv. und SPÖ Niederösterreich-Vorsitzender Sepp Leitner. „Ich bin stolz auf das Engagement der niederösterreichischen Pädagogen und der Schüler, die besondere Initiativen im Unterricht ins Leben rufen und durchführen“, sagte Leitner zur Auswahl der Projekte. Die Preisverleihung fand im Lenausaal der Stadtgemeinde Stockerau statt.

Bildungsministerin hält Festrede

Die Festrede hielt Bildungsministerin Claudia Schmied. Sie zeigte in ihrer Ansprache auf, warum das Engagement der Preisträger gerade in Zeiten, in denen für viele Projekte immer weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen, Vorbildwirkung hat.

INFO

Der EDU wird in sieben Kategorien verliehen. Pädagogen aus den Ausbildungsbereichen Elementare Bildung, Schulbildung, Höhere Bildung, Berufsbildung sowie Weiterbildung können Projekte einreichen.

Die Preisträger werden auf Vorschlag einer unabhängigen Jury ermittelt.

STEIERMARK

Moderne Helden vor den Vorhang holen



Mit dem Aktionstag „HELDINNEN VON HEUTE“ will der Steirische Landesjugendbeirat auf die Wichtigkeit von ehrenamtlichem Engagement aufmerksam machen.

100.000 junge Steirerinnen und Steirer engagieren sich in ihrer Freizeit unentgeltlich und freiwillig für Kinder und Jugendliche. „Mit dem Aktionstag ‚HELDINNEN VON HEUTE‘ möchten wir die Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements für unsere Gesellschaft aufmerksam machen“, sagte die steirische Jugendlandesrätin Elisabeth Grossmann.



(v.l.n.r.) E. Saria-Posch (Gf. LJB), B. Flucher (ehrenamtl. MA Kinderfreunde), Jugendlandesrätin E. Grossmann, C. Feistritzer (ehrenamtl. MA PfadfinderInnen), B. Plienegger (Vorsitzende LJB) beim Aktionstag am Grazer Karmeliterplatz.

OBERÖSTERREICH

morgen.rot geht in die nächste Runde



Vor kurzem fiel in Steyr der Startschuss für die morgen.rot-Konvente. Im Zentrum des zweiten Konvents in Wels stand das Thema „Arbeit“.

Nach den morgen.rot-Foren geht der Parteireformprozess der SPÖ OÖ mit den morgen.rot-Konventen in die nächste Runde. Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung zum Thema „Sozialdemokratische Kommunalpolitik“ fand nun in Wels der zweite Konvent statt. Rund 200 Teilnehmer gingen dabei der zentralen Frage nach: Wie könnte eine gerechte Arbeitswelt der Zukunft aussehen? Weitere Infos und Konvent-Termine unter www.ooe.spoe.at/morgenrot.



Sozialwissenschaftler Manfred Füllsack (l.), Meinungsforscherin Sophie Karmasin (2.v.l.), Birgit Gerstorfer (AMS OÖ) (2.v.r.) und Reinhold Entholzer (FSG OÖ; AK OÖ) (r.) diskutierten über das Thema „Arbeit“.

BRUNO KREISKY STIFTUNG

Für Toleranz und ein friedliches Miteinander



Die Bruno Kreisky Preise für Verdienste um die Menschenrechte gingen auch heuer wieder an Personen und Organisationen, die mit ihrer Arbeit Beiträge zu einem harmonischen Zusammenleben der Kulturen leisten.

In diesem Jahr wurden die von der Bruno Kreisky Stiftung ins Leben gerufenen Bruno Kreisky Preise für Verdienste um die Menschenrechte an ASPIS, ESRA, HEMAYAT und West-Eastern Divan Orchestra mit seinem Gründer Maestro Daniel Barenboim verliehen. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer betonte bei ihren Grußworten im Rahmen der feierlichen Verleihung den Stellenwert politischer Bildung im Kampf für Menschenrechte. „Mittlerweile wünschen sich in Österreich 20 Prozent statt der Demokratie einen starken Führer“, warnte Prammer bezugnehmend auf eine Studie und unterstrich damit den



Das West-Eastern Divan Orchestra und sein Gründer Maestro Daniel Barenboim bringt junge Musikerinnen und Musiker aus Ägypten, Israel, Jordanien, Syrien, Tunesien und Andalusien zusammen.

Wert von Toleranz und der Notwendigkeit von Wissen darüber, wozu Intoleranz und Hetze führen können.

Starkes Zeichen für Frieden gesetzt

Die ausgezeichneten Organisationen haben, so Prammer, mit ihrer Arbeit zu einem harmonischen Miteinander beigetra-

gen und starke Zeichen für Toleranz und Frieden gesetzt. „ASPIS“ ist eine unabhängige Stelle an der Universität Klagenfurt, die Hilfe für durch Gewalterfahrung traumatisierte Menschen bietet, insbesondere für Überlebende und Folteropfer des Nazi-Terrors, aber auch für jüngere Vertriebene. Der Verein ESRA bietet Überlebenden der NS-Verfolgung und deren Nachkommen umfassende Hilfe an und unterstützt jüdische Migranten, die in den letzten Jahrzehnten nach Österreich zuge-

wandert sind, bei ihrem Integrationsprozess. HEMAYAT hat sich in Wien als Zentrum für medizinische, psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Folteropfern und Kriegsüberlebenden etabliert.

Im Oktober 1976 gegründet, hat die renommierteste österreichische Menschenrechtsstiftung bei den bisherigen 13 Preisverleihungen über 130 Personen und Institutionen ausgezeichnet. ♦

SALZBURG

Die Zukunft der Pflege



Eine Landes-Pflegeakademie soll als zentrale Ausbildungsstätte dem wachsenden Pflegebedarf entgegenkommen und für einheitliche Qualitätsstandards sorgen.

Das Land Salzburg will die Pflegeausbildung auf eine völlig neue Ebene stellen. Neben bereits getroffenen Maßnahmen wie einer Erhöhung des Budgets für die Ausbildung, einer landesweiten Bedarfserhebung und der Einrichtung einer Pflegegestiftung soll mit dem Modell einer Landes-Pflegeakademie ein weiterer Schritt gesetzt werden, um die Zukunft der Pflege in Salzburg zu sichern. „Es braucht eine Einrichtung, die das große Ganze im Auge behält“, erläutert der zuständige Finanzreferent David Brenner die grundlegende Idee. Denn derzeit gibt es in Salzburg keine übergeordnete Stelle, die für ausreichend Pflegepersonal im ganzen

Land und eine kontinuierliche Pflegebedarfsplanung sorgt. „Wir wollen damit auch eine administrative Vereinfachung und eine Bündelung der Kräfte sicherstellen“, so Brenner weiter.

Organisation „aus einer Hand“

In der Akademie sollen mittelfristig alle nichtakademischen Grundausbildungen zur Gesundheits- und Krankenpflege zu einer Einheit zusammengefasst werden. Künftig kann so die Ausbildung für 17 Krankenanstalten und rund 50 Seniorenheime „aus einer Hand“ organisiert werden. Eine Aufgabe der Akademie wird es sein, regelmäßig den Pflegebedarf für alle Einrichtungen zu erheben und darauf basierend die Ausbildung landesweit zu organisieren. Positiver Nebeneffekt: einheitliche Qualitätsstandards, gleiche Bezahlung der Auszubildenden und Synergieeffekte etwa bei der Raumnutzung.



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LH-Stv. David Brenner wollen die Pflegeausbildung in Salzburg völlig neu organisieren.

Bis zum Herbst soll ein Konzept vorliegen, das dann zur Abstimmung in die Regierung eingebracht wird. „Im Idealfall kann die Landes-Pflegeakademie bereits in der ersten Jahreshälfte 2012 starten“, sagt Landeshauptfrau Gabi Burgstaller über das ambitionierte Ziel. ♦

80 Millionen für den Sport in Österreich!

Die Sportförderung der Österreichischen Lotterien
ist unverzichtbar für die Finanzierung des heimischen
Spitzen- und Breitensports. Ohne sie stünden wohl viele
Vereine vor dem Aus.

Gut für Österreich.



österreichische
LOTTERIEN

TERMINKALENDER



Mittwoch, 1. 6.

Sportkonferenz „Menschen bewegen – eine sportliche Herausforderung“

Bei der Sportkonferenz „Menschen bewegen – eine sportliche Herausforderung“ wird über fachspezifische Bereiche wie Frauen im Sport, Schule in Bewegung und Kinder-Bewegung-Gesundheit von Expertinnen referiert. Danach findet ein Podiumsgespräch mit Gabriele Heinisch-Hosek (Frauenministerin), Petra Huber (Sportmanagerin, Plattform „Frauen im Sport“), Claudia Lösch (Austria Ski Team Behindertensport), Mag. Christian Hinterberger (ASKÖ-Vizepräsident) und Isabel Hochstätter (ÖFB) statt.

Anmeldung: petra.gruber@spoe.at

Beginn: 9.30 Uhr

Parlament – SPÖ Klubsitzungssaal,
1010 Wien

Eröffnung der 54. Internationalen Kunstausstellung „la Biennale di Venezia“

Kulturministerin Claudia Schmied und Eva Schlegel, Kommissarin der 54. Internationalen Kunstausstellung „la Biennale di Venezia“, präsentieren in Anwesenheit des Künstlers Markus Schinwald den Beitrag im österreichischen Pavillon.

Beginn: 17.00 Uhr

Österreichischer Pavillon,
Giardini della Biennale, Venedig

Mittwoch, 8. 6.

Kolloquium: „Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht“



Fotolia

Die Entwicklungen in China stellen auch Europa vor Herausforderungen

Die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) laden im „China Jahr 2011“ zum Vranitzky-Kolloquium. Diskutiert werden die Entwicklung Chinas zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht und die europäischen Herausforderungen, die damit verbunden sind. Anlass über dieses Thema zu diskutieren bieten 40 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen China und Österreich. Anmeldung: office@wiwipol.at oder Tel.: 319 44 47

Beginn: 10.30 Uhr

Kassensaal der Oesterreichischen Nationalbank,
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Donnerstag, 9. 6.

Symposium: „Grenzüberschreitende Strafverfahren: Chancen und Risiken der Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA)“

Im Juni 2010 schlug eine Gruppe von EU-Mitgliedsstaaten – darunter Österreich – eine Richtlinie über die „Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen“ vor. Ziel ist es eine gerichtliche Entscheidung, die in einem Mitgliedsstaat erlassen wird, in einem anderen ohne weitere Formalitäten vollstreckt zu können. Thema dieses Symposiums wird sein, welchen grundrechtlichen, praktischen und politischen Anforderungen ein solches Instrument entsprechen muss. Anmeldung:

veranstaltungen06@parlament.gv.at

Beginn: 15.30 Uhr

Palais Epstein,
Dr. Karl Renner Ring 1, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas

Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,

Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,

Michael Sifkovits, Andreas Strobl,

Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: BMVIT/Reich, Fotolia (2), picturedesk

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

Neue Jobbörse für den Öffentlichen Dienst

Auf Initiative von Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wurde eine Internet-Jobbörse ins Leben gerufen, um die berufliche Mobilität im Öffentlichen Dienst zu verbessern. Mit seinen 133.000 Bediensteten ist der Bund der größte Arbeitgeber des Landes. Die Herausforderungen ändern sich laufend – das erfordert auch ein Reagieren im Personal- und Organisationsbereich. Das Online-Tool wird nun auf zwei Ebenen posi-

tiv wirken, erklärt die Ministerin: „Es ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Mobilität und bringt bei der Personalentwicklung mittelfristig Einsparungen von rund 30 Millionen Euro pro Jahr, da rund 700 Neuaufnahmen durch interne Transfers ersetzt werden können.“ ♦

Innovativ und nützlich:
www.jobboerse.gv.at

www.jobboerse.gv.at





Punktgenau

LISA, das „Land Informations System Austria“, vermisst mit Satellitentechnik punktgenau Österreich. Das Infrastrukturministerium fördert dieses innovative Projekt im Rahmen des heimischen Weltraumprogramms, erklärt Ministerin Doris Bures (im Bild mit Christian Hoffmann, Chef der High-Tech-Firma Geoville, die „LISA“ entwickelt hat).

Große Schau

Bundespräsident Heinz Fischer und Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit Architekt Heidulf Gerngross und Martina Kandler-Fritsch, interimistische MAK-Geschäftsführerin) haben vor kurzem gemeinsam die Ausstellung „Austria Davaj!“ in Moskau eröffnet. Diese Ausstellung ist die bislang größte Schau österreichischer Gegenwartskunst in Russland.



Vorbild

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (im Bild mit SPÖ-Abg. Gabriele Binder-Maier und SPÖ-Abg. Johann Hell) hat die ÖBB-Lehrwerkstätte in St. Pölten besucht. Die Ministerin betonte, dass es wichtig ist, „Mädchen, die sich für technische Berufe entschieden haben, vor den Vorhang zu holen. Die ÖBB sind hier ein vorbildliches Unternehmen.“

Abbild

Gemeinsam mit der Sporthilfe hat Sportminister Norbert Darabos (im Bild mit Michaela Dorfmeister und Mirna Jukic) das „Sporthilfe-Legenden-Armband“ präsentiert. Ab Juni können Sportfans dieses Armband erwerben und mit Bildern von österreichischen Sportgrößen bekleben. Der Reinerlös dient der Förderung heimischer Sportlerinnen und Sportler.

